

Sanader legt in Linz Haftbeschwerde ein



Der kroatische Ex-Premier Ivo Sanader hat gegen seine Auslieferungshaft in Salzburg eine Beschwerde

beim Oberlandesgericht (OLG) Linz eingereicht. Die Beschwerde verlängere die Auslieferungshaft automatisch um einen weiteren Monat, sagte Sanaders Verteidiger, der Wiener Rechtsanwalt Werner Suppan. Seiner Ansicht nach bestehe weder Flucht- noch Verdunkelungsgefahr. Der 2009 zurückgetretene Sanader war vor einem Monat in Salzburg auf der Tauernautobahn festgenommen worden. Die kroatischen Behörden haben unterdessen ein Vermögen der Familie Sanader im Wert von rund 3,2 Millionen Euro einfrieren lassen. Nach Ansicht der Antikorruptions-Staatsanwaltschaft ist das ein Vielfaches dessen, was Sanader seit 2000 legal verdient haben konnte..

Foto: epa/Valat

Gusenbauer berät Kasachstans Despoten

Alfred Gusenbauer (SPÖ) wird Berater des kasachischen Staatschefs Nursultan Nasarbajew. Das Magazin „Format“ zitiert den Ex-Kanzler mit den Worten: „Ja, ich stehe der kasachischen Regierung und somit dem Präsidenten als Berater zur Verfügung.“ Kein unproblematisches Engagement des Genossen: Kritiker werfen dem seit rund 20 Jahren herrschenden Nasarbajew Korruption, Unterdrückung von Opposition und Medien sowie Menschenrechtsverletzungen vor.

Obama: Amerika braucht Heilung!

US-Präsident Barack Obama hat die Amerikaner bei einer Gedenkfeier für die Opfer des Attentats auf die Abgeordnete Gabrielle Giffords aufgerufen, sich an ihre gemeinsamen Werte zu erinnern. Die USA seien eine polarisierte Nation, die Heilung brauche. Giffords hat einen Kopfschuss überlebt und öffnete nach Obamas Besuch zum ersten Mal ihre Augen.

EU entschuldigt sich für Kalender

Kommission hatte auf christliche Feiertage „vergessen“

EU-Kommissar John Dalli hat sich gestern in einem Schreiben an die katholischen Bischofskonferenzen des EU-Raumes für die Fehler im EU-Schülerkalender 2011 entschuldigt. Die EU-Kommission hat — wie gestern berichtet — fünf Millionen Euro für einen Kalender ausgege-

ben, in dem weder Weihnachten noch irgendein anderer christlicher Feiertag verzeichnet ist. Die Feiertage anderer großer Religionen sind in dem Kalender hingegen aufgeführt. In Österreich ergingen 57.675 Kalender an 450 Schulen.

„Bei ihrem Schülerkalender hat die Kommission einen

inakzeptablen Bock geschossen“, ärgert sich der Europaabgeordnete Othmar Karas (ÖVP). In einer Anfrage an Kommissionschef Jose Manuel Barroso verlangt er eine sofortige Überprüfung, wie es passieren konnte, dass die christlichen Feiertage vergessen wurden.

Tunesien meiden!

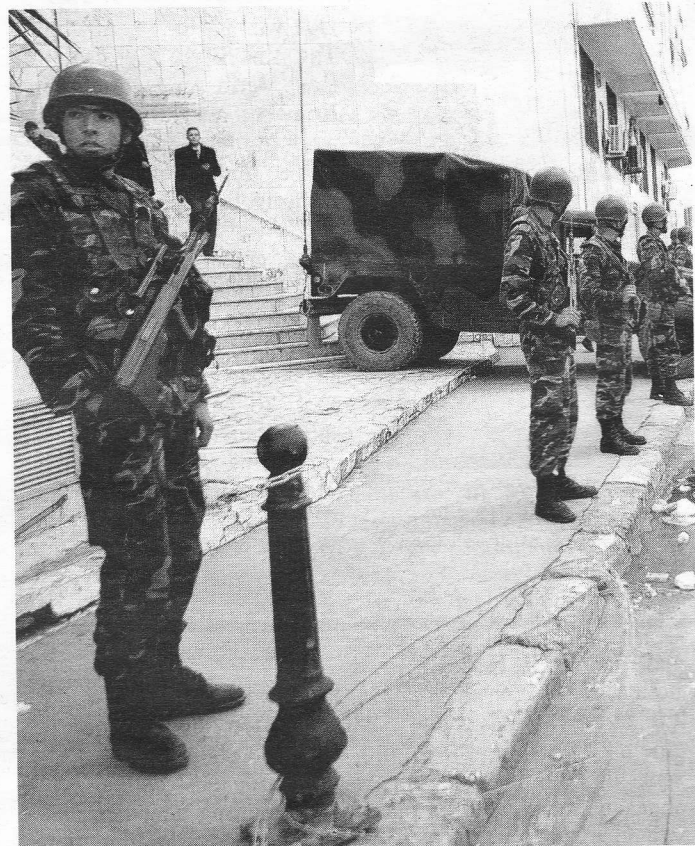
Außenministerium spricht Reisewarnung aus — Unruhen forderten schon 66 Todesopfer — Schweizerin von Querschläger getötet

Das österreichische Außenministerium hat angesichts der jüngsten Eskalation der Unruhen in Tunesien gestern eine formelle Reisewarnung für das ganze Land herausgegeben. Die Zusammenstöße zwischen Sicherheitskräften und Protestierenden hätten sich bisher auf Gebiete abseits der wichtigen Tourismuszentren beschränkt, doch dies treffe nicht länger zu, so das Außenministerium. Die weitere Entwicklung in dem Land sei unsicher und nicht vorhersehbar. Gewarnt wird zudem ausdrücklich vor Reisen in „alle Saharagebiete“. Der Reiseveranstalter TUI Österreich reagierte auf den aktualisierten Sicherheitshinweis des Außenministeriums mit kostenlosen Umbuchungen und Stornierungen bis einschließlich 24. Jänner. Eine ähnliche Vorgangsweise dürfen Kunden auch bei anderen Touristikern erwarten. Im vergangenen Jahr haben 65.000 Österreicher Urlaub in Tunesien gemacht, 70 Prozent davon im Sommer.

Die Zahl der Toten bei den Unruhen in Tunesien steigt unterdessen weiter an. Mindestens sechs Menschen kamen bei gewaltsamen Ausschreitungen am Mittwochabend nach Angaben von

Augenzeugen ums Leben. Ein 25-Jähriger wurde im Zentrum der Hauptstadt Tunis von einer Kugel in den Kopf getroffen. Eine tunesisch-stämmige Schweizer Krankenschwester wurde in Dar Chaabane in Nordtunesien tödlich von einem Quer-

schläger getroffen, als sie von einem Balkon aus eine Demonstration beobachtete. Nach Angaben der Menschenrechtsorganisation FIDH sind bisher bei den seit Mitte Dezember andauernden Unruhen mindestens 66 Menschen getötet worden.



Kein guter Boden für Touristen: Im Zentrum von Tunis ist schwer bewaffnetes Militär aufmarschiert.

Foto: epa/Stringer